



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 103. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Juli 2025, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU), in Vertretung von Rixa Kleinschmit

Volker Nielsen (CDU), in Vertretung von Ole-Christopher Plambeck

Marion Schiefer (CDU), in Vertretung von Sönke Siebke

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Weitere Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Strategie zur zukünftigen Organisation und Struktur der Erstaufnahme von Schutzsuchenden in Schleswig-Holstein (Standortkonzept 2025)	4
2. Deckung der nicht ausreichenden Mittel aus dem Vertretungsfonds	5
Antrag der Abgeordneten Annabell Krämer (FDP) Umdruck 20/5053	
3. Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/501	
4. Information/Kennntnisnahme	8
Umdruck 20/5006 – Verwaltungsvereinbarung Beratungstelefon Umdruck 20/5007 – Schulsozialarbeit Umdruck 20/5008 – Schlussrechnung HSH Nordbank Umdruck 20/5009 – finanzpolitische Bundesratsvorlagen Umdruck 20/5010 – Sprachkurse Umdruck 20/5030 – Archivinformationssystem Arcinsys Umdruck 20/5037 – Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden Umdruck 20/5040 – Notkredit Haushaltsrechnung Umdruck 20/5043 – Bildungszentrum der Steuerverwaltung Umdruck 20/5044 – Förderung von Frauenfacheinrichtungen	
5. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Strategie zur zukünftigen Organisation und Struktur der Erstaufnahme von Schutzsuchenden in Schleswig-Holstein (Standortkonzept 2025)

Umdruck 20/5029 (neu)

Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies führt in die Vorlage ein.

Abgeordnete Herdejürgen bittet die Landesregierung um nähere Informationen zum Standortkonzept: Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie Kostenentwicklung der einzelnen Standorte seit 2023 und Einsparmöglichkeiten.

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage des Sozialministeriums zur Kenntnis.

2. Deckung der nicht ausreichenden Mittel aus dem Vertretungsfonds

Antrag der Abgeordneten Annabell Krämer (FDP)
Umdruck 20/5053

Bildungsministerin Dr. Stenke trägt vor, der Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall sei in Kapitel 07 10 Maßnahmegruppe 04 mit einer Gesamtsumme von gut 22 Millionen Euro veranschlagt. Davon entfalle ein Betrag von 8,4 Millionen Euro auf den originären Vertretungsfonds, ein Betrag von gut 12 Millionen Euro auf Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte zur Integration ukrainischer Kinder in den Unterricht und ein Betrag von knapp 1,4 Millionen Euro auf Personalkostenerstattungen für erteilten Unterricht (insbesondere Religionsunterricht). Auf die schulamtsgebundenen Schulen entfalle für Vertretungsunterricht ein Betrag von 5,1 Millionen Euro, und dieser Betrag sei um 1,6 Millionen Euro überzeichnet.

Nachdem das auch in den Vorjahren passiert sei, habe die Arbeitsebene des Bildungsministeriums in diesem Jahr ein Achtungszeichen gesetzt und die Schulämter gebeten, bei der Gewährung von Vertretungsunterricht noch genauer hinzuschauen, was aber ausdrücklich nicht bedeute, dass die Schulämter keine Verträge mehr verlängern oder schließen dürften. Das Ministerium gehe den Gründen für die Überzeichnung nach und davon aus, dass in diesem Jahr noch circa 4 Millionen Euro für Vertretungsunterricht benötigen würden. Die Haushaltsmittel seien innerhalb der Maßnahmegruppe und darüber hinaus grundsätzlich mit allen Personalausgaben des Einzelplans deckungsfähig; von circa 2 Milliarden Euro jährlich seien im Moment 700 Millionen Euro noch nicht verausgabt. Der Vertretungsfonds sei – wie gesagt – auch in der Vergangenheit schon häufiger unterjährig aus dem Lehrkräftepersonalbudget verstärkt worden. Als weitere Deckungsmöglichkeit könnte man die Budgetreserve aus dem Planstellenzuweisungsverfahren heranziehen, die gegenwärtig 2,8 Millionen Euro ausmache, nicht benötigte Mittel für Vertretungskräfte zur Integration ukrainischer Kinder oder freie Mittel aus dem Startchancen-Programm.

Die Ministerin stellt klar, dass man aktuell keine akute Handlungsnot habe, weil im Vertretungsfonds noch Mittel zur Verfügung stünden. Man gehe davon aus, dass die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel – wie in den Vorjahren – auskömmlich seien.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer antwortet sie, die Deckung durch Mittel des Startchancen-Programms sei eine mögliche Prüfoption gewesen, die sie nach der Debatte im Landtag allerdings nicht weiterverfolgen wolle. Aufgrund der Mittelüberzeichnung werde man das Controlling verfeinern. Man rechne damit, dass man in diesem Jahr nicht 8,4 Millionen Euro, sondern rund 12 Millionen Euro im originären Vertretungsfonds innerhalb der Maßnahmegruppe benötige.

Auch Abgeordnete Raudies macht darauf aufmerksam, dass die tatsächlichen Ausgaben des Vertretungsfonds in den letzten Jahren deutlich höher als im Haushalt 2025 kalkuliert gewesen seien. Vor dem Hintergrund der Bedarfe im Schulbereich möchte sie von der Finanzministerin wissen, wie sie die in den Haushalt eingestellte globale Minderausgabe von fast einer Viertelmilliarde Euro erwirtschaften wolle.

Finanzministerin Dr. Schneider weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Finanzministerium – dem Votum des Landtags folgend – die Bildung von Rücklagen sehr viel restriktiver handhaben werde als in der Vergangenheit.

Abgeordnete Krämer begrüßt die Ankündigung der Finanzministerin, die „ausufernde kreditfinanzierte Rücklagenpolitik“ beenden zu wollen.

Eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen beantwortet Bildungsministerin Dr. Stenke dahin, das Bildungsministerium werde versuchen, die Mehrbedarfe zunächst innerhalb der Maßnahmegruppe zu decken, ohne dass andere darin enthaltene Maßnahmen darunter litten.

Ministerin Dr. Stenke begründet die Ausgabenhöhe in den letzten Jahren mit dem Programm „Aufholen nach Corona“ und der Unterstützung von ukrainischen Schülerinnen und Schülern. Auf eine Frage des Abgeordneten Habersaat erwidert sie, sie gehe davon aus, dass die Schulämter ihre Verträge ordnungsgemäß geschlossen hätten. Abschließend bekräftigt sie ihre Zusage, die Ursachen der Überzeichnung aufzuklären, das Controlling nachzuschärfen und die auskömmliche Finanzierung des Vertretungsunterrichts abzusichern.

3. Freibeträge bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer anheben

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 20/501

(überwiesen am 15. Dezember 2022)

hierzu: Umdrucke 20/1102, 20/1120, 20/1249, 20/1263, 20/1267,
20/1271, 20/1272, 20/1276, 20/1278, 20/1281,
20/1282, 20/1283, 20/1284, 20/1285, 20/1286,
20/1288, 20/1338, 20/1396, 20/1407, 20/1480,
20/1648, 20/1687

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung des SSW empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag abzulehnen.

4. Information/Kenntnisnahme

Umdruck 20/5006 – Verwaltungsvereinbarung Beratungstelefon
Umdruck 20/5007 – Schulsozialarbeit
Umdruck 20/5008 – Schlussrechnung HSH Nordbank
Umdruck 20/5009 – finanzpolitische Bundesratsvorlagen
Umdruck 20/5010 – Sprachkurse
Umdruck 20/5030 – Archivinformationssystem Arcinsys
Umdruck 20/5037 – Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden
Umdruck 20/5040 – Notkredit Haushaltsrechnung
Umdruck 20/5043 – Bildungszentrum der Steuerverwaltung
Umdruck 20/5044 – Förderung von Frauenfacheinrichtungen

Der Finanzausschuss sieht den Bericht zur Schulsozialarbeit (Umdruck 20/5007) als Zwischenbericht an und bittet die Landesregierung, in einem Jahr über die Ergebnisse der angekündigten „nächsten Schritte“ zu berichten.

Zur Schlussrechnung in Sachen HSH Nordbank (Umdruck 20/5008) weist Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer darauf hin, dass der Landesrechnungshof den Gesamtschaden auf 6,4 Milliarden Euro beziffere. – Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies antwortet Herr Dr. Dithmer, Referent im Finanzministerium, dass Zinszahlungen zukünftige Landeshaushalte belasteten.

Zum Bericht über Sprachkurse (Umdruck 20/5010) bittet Präsidentin Dr. Schäfer das Integrationsministerium, nähere Angaben zu den Teilnehmenden der STAFF-Kurse zu machen (Aufenthaltsstatus).

Abgeordnete Raudies bittet das Finanzministerium, dem Finanzausschuss die in Umdruck 20/5040 genannte externe fachliche Stellungnahme zur Verfügung zu stellen.

Zu Umdruck 20/5044 bittet Abgeordnete Herdejürgen die Landesregierung, die finanziellen Auswirkungen der Vereinbarung auf die einzelnen Frauenfacheinrichtungen darzustellen und mitzuteilen, inwieweit bei der Förderung Besonderheiten, zum Beispiel Maßnahmen zur Barrierefreiheit (Fahrstuhl), berücksichtigt würden. – Eine Frage der Abgeordneten Raudies beantwortet Sozialstaatssekretärin Schiller-Tobies dahin, Kostensteigerungen der Frauenhäuser würden durch die Dynamisierung berücksichtigt.

Der Finanzausschuss nimmt alle aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

a) Die nächsten Sitzungstermine des Finanzausschusses sind:

- 11. September 2025, 10 Uhr
- 17. September, 11 bis 15 Uhr gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zum Thema Northvolt
- 18. September, 10 bis 14 Uhr Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung (Beratung der LRH-Bemerkungen 2025)
- 2. Oktober, 10 Uhr Anhörung mit dem Sozialausschuss zum Thema steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden, 12 bis 14 Uhr Finanzausschuss
- 9. Oktober, 10 Uhr Fachgespräch zum Thema Förderprogramme (an dem Gespräch soll zusätzlich die Handwerkskammer Schleswig-Holstein teilnehmen), 12 bis 14 Uhr Finanzausschuss
- 6. November, 10 Uhr Finanzausschuss, 12 bis 14 Uhr Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung (LRH-Bemerkungen Teil 2 und Prüfung der Rechnung des LRH für 2023)
- 7., 10., 12. und 13. November, ganztägige Haushaltsberatungen gemeinsam mit den Fachausschüssen
- 20. November, 13 bis 15 Uhr Finanzausschuss (Beratung der Nachschiebeliste)
- 27. November 2025, 10 Uhr Finanzausschuss (u. a. Vorlage der Fraktionsanträge zum Haushalt)
- 4. Dezember, 10 Uhr Finanzausschuss (u. a. Beschlussfassung über den Haushalt)

Aufgrund des Arbeitspensums des Finanzausschusses kommen die Mitglieder des Finanzausschusses überein, mögliche weitere gemeinsame Beratungen zum Thema Northvolt möglichst an den Sitzungstagen des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses mittwochs durchzuführen.

b) Präsidentin Dr. Schäfer teilt mit, dass der Landesrechnungshof mit der Erstellung des vom Landtag erbetenen Sonderberichts zur Absicherung der Wandelanleihe für Northvolt durch das Land (Drucksache 20/3446) in Kürze beginnen werde.

c) Der Finanzausschuss begrüßt die Ankündigung der Finanzministerin, dass die schleswig-holsteinischen Finanzämter an einer bundesweiten Online-Befragung teilnehmen, die ab 1. Oktober 2025 ein Jahr lang laufe.

d) Im öffentlichen Teil der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung von Finanzausschuss und Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss am 2. Juli 2025 zu Northvolt sind bei drei Zitaten Schwärzungen vorgenommen worden (auf den Seiten 39 und 51). Die Zitate enthalten nicht öffentliche, nur für Berechtigte einsehbare Inhalte, die in der VS-Registratur des Landtags eingesehen werden können. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von SPD und FDP beschließt der Finanzausschuss, dass diese Zitate im Sinne des 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung weiterhin vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten sind.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 14:45 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer